

## Letzte Umfrage: So würde Hamburg jetzt wählen

**Emnid sieht Alleinregierung der CDU - 60 Prozent kritisieren Duell-Absage - Mirow kann punkten - FDP bei drei Prozent**

von Ira von Mellenthin



Auftritt der Kandidaten:  
Wahlkampfplakate von Thomas Mirow (SPD, links) und Ole von Beust nebeneinander

Eine große Mehrheit der Hamburger Wähler hält die Absage des dritten und letzten Duells durch CDU-Spitzenkandidat Ole von Beust für einen Fehler. Weniger als ein Drittel der Bürger finden die Entscheidung, die letzte direkte Auseinandersetzung mit SPD-Spitzenkandidat Thomas Mirow wegen persönlicher Angriffe der SPD abzulehnen, richtig. Gleichzeitig hat die Duell-Absage aber offenbar kaum Einfluss auf die Wahlentscheidung. Vielmehr steuert die Union auch vier Tage vor der Wahl weiter auf eine absolute Mehrheit zu. Das ist das Ergebnis einer letzten Emnid-Umfrage der WELT und der "Bild" vor der Wahl. Danach käme die CDU auf 46 Prozent, die SPD auf 30, die GAL auf 13 und die FDP auf 3 Prozent. Nicht vertreten wären auch die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (1 Prozent) und Pro DM/Schill (3 Prozent).

Die absolute CDU-Mehrheit ist indessen weiterhin nicht der Stärke der Union, sondern der Schwäche der SPD geschuldet. Gegenüber dem CDU-Spitzenkandidaten konnte

Mirow jedoch seinen Abstand deutlich verringern. Drängendstes Problem ist die Arbeitslosigkeit.

**Absage des NDR-Duells** 60 Prozent der Befragten werten die Absage als Fehler. Nur 30 Prozent können die Absage nachvollziehen und halten sie für richtig. Am meisten Verärgerung löst die Absage im linken Wählerspektrum aus. So lehnen 84 Prozent der SPD-Anhänger und 88 Prozent der GAL-Anhänger die Absage ab. Bei CDU-Wählern findet die Entscheidung bei 60 Prozent Verständnis, bei 34 Prozent löst sie Unverständnis aus. Anhänger der Liberalen reagierten ausgewogener: 52 Prozent finden die Absage falsch, 43 Prozent richtig.

**Fairness im Wahlkampf:** Für eine überragende Mehrheit von 80 Prozent der Befragten tritt die CDU im Wahlkampf am fairsten auf. 69 Prozent billigen FDP und GAL Fairness zu, 58 Prozent nur noch glauben das von der SPD. Als weitaus weniger fair wird der Wahlkampf der Partei Rechtsstaatlicher Offensive empfunden (28 Prozent). Als am unfairsten wird der Wahlkampf von Ronald Schill erachtet (19 Prozent). Bei den jeweiligen Parteianhängern zeichnet sich ein anderes Bild ab. So wird der SPD-Wahlkampf von 86 Prozent der SPD-Wähler und 78 Prozent der GAL-Wähler als fair empfunden, von 60 Prozent der CDU-Wähler und 52 Prozent der GAL-Wähler dagegen als unfair. Der CDU-Wahlkampf findet im gesamten Wählerspektrum Anklang. Fair konstatieren 94 Prozent der CDU-Anhänger, 80 Prozent der FDP-Wähler, 72 und 75 Prozent Anhänger der SPD und GAL, 95 Prozent der Offensive-Anhänger und sogar 61 Prozent der Schill-Wähler.

**Direktwahl des Bürgermeisters** In der Beurteilung der Spitzenkandidaten bliebe von Beust mit 51 Prozent unangefochten vor Mirow (33 Prozent). Während von Beust in der Wählergunst jedoch um 8 Prozentpunkte sank, konnte Mirow gegenüber Januar um sechs Prozentpunkte zulegen. Dabei billigten die Wähler Mirow vor allem höhere Werte bei Kompetenz, Sympathie und Durchsetzungsstärke zu. Von Beust verlor dagegen in diesen Bereichen Punkte, vor allem hinsichtlich des Fleißes.

**Koalitionspräferenz:** Sollte die absolute Mehrheit einer Partei verfehlt werden, haben die Hamburger drei Präferenzen. So sprechen sich 29 Prozent der Bürger für ein CDU-FDP-Bündnis aus. Fast ebenso viele, 27 Prozent, präferieren eine Große Koalition, 23 Prozent wünschen sich eine Wiederauflage von Rot-Grün. Zehn Prozent könnten sich ein schwarz-grünes Bündnis vorstellen, vier Prozent eine sozialliberale Koalition.

**Entschiedenheit der Wähler:** 60 Prozent der Wähler, 12 Prozent mehr als vor vier Wochen, wissen genau, dass und wen sie wählen. 18 Prozent neigen einer bestimmten Partei zu, wissen aber noch nicht welcher. 21 Prozent der Bürger wissen weiterhin nicht, ob und für wen sie stimmen. Mehr als ein Drittel der Wähler, 35 Prozent, lässt sich am Wahltag von der Bundespolitik beeinflussen. 65 Prozent weisen bundespolitischen Einfluss auf ihre Entscheidung zurück.

Artikel erschienen am 26. Feb 2004

[Artikel drucken](#)

© WELT.de 1995 - 2004